



25. August 2022

**Rede von Roger de Weck
zum 125-jährigen Jubiläum des Städteverbandes anlässlich des Städtetages in Basel**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Städte als Fundament der Eidgenossenschaft – Wir brauchen ein neues Schweizer Narrativ

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Kurt Fluri

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Beat Jans

Sehr geehrter Herr Stokholm

Sehr geehrter Herr Flügel

Sehr geehrte Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten, Stadträtinnen und Stadträte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

Mesdames et Messieurs, Signore e Signori

Congratulazioni all'Unione delle città svizzere,

Félicitations à l'Union des villes suisses fondée il y a 125 ans,

Glückwunsch dem Schweizerischen Städteverband, gegründet 1897!

In diesem Jahr rief nicht nur – wie von Beat Jans erwähnt – Theodor Herzl zum ersten Zionistenkongress in Basel, sondern wurde vieles vorgespurt, was bis heute von Bedeutung ist in der Schweiz:

- Im Berner Rathaus wurde der Schweizerische Bauernverband gegründet, er lancierte sehr bewusst die Bauernstandsideologie.
- In einer Volksabstimmung lehnten die Schweizer Männer die Gründung einer Nationalbank ab. Das war aber bloss der erste Anlauf.
- Kurz zuvor hatte in Genf der erste »Schweizerische Kongress für die Interessen der Frau« stattgefunden. In der Folge setzte das Parlament in Bern eine erste Kommission ein, um – wie es hiess – die »Frauenfrage« zu untersuchen.
- 1897 übrigens kamen die Goldvreneli in Umlauf und erfand Victorinox das erste Schweizer Taschenmesser.
- Auch lief der erste Diesel-Motor, der heute manche Stadt verpestet.

Und: 1897 starb hier in Basel der grosse politische Denker und Kulturhistoriker Jacob Burckhardt – derselbe Jacob Burckhardt, der schrieb, es gebe »erfolgreiche« und »gescheiterte Krisen«. Oft in der Geschichte habe eine Krise »*die Luft mit langem und intensivem Lärm erfüllt, ohne jedoch vitale Umgestaltungen mit sich zu führen*«. Halb bekümmert, halb sarkastisch fuhr er fort: »*Das bleibende*



Resultat erscheint gering im Vergleich zu den hohen Anstrengungen und Leidenschaften, die während der Krisis zutage getreten sind.«

Durchaus in einer Krisenzeit feiert der Schweizerische Städteverband sein 125-Jahr-Jubiläum: Klimakrise; im Süden Hungerkrise; russischer Angriffskrieg auf die Ukraine und überhaupt ein Kräftemessen zwischen Demokratien und Diktaturen; Globalisierungskrisen, aber auch Deglobalisierungskrisen unterschiedlichster Art; nicht zuletzt die neue Weltordnung. Werden daraus erfolgreiche Krisen?

Als ziemlich krisenfest jedenfalls hat sich über die Jahrtausende und Jahrhunderte eine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle Grundstruktur erwiesen: die Stadt

Vor 2500 Jahren entstand in Attika die »Polis« im Gegensatz zum »Ethnos«, wie die alten Griechen die ganz andere Struktur nannten, den Stamm. Und die Polis als Wiege der Demokratie war ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem archaischen Stamm, der heute vielerorts wieder auflebt.

Der Stamm – er ist in der Tat das älteste Ordnungsmuster für einen geografischen Raum und eine Gesellschaft. Er erfordert unbedingte Loyalität zu den Mitgliedern und Stammesführern; das Gegenstück ist die unbedingte Hostilität zu den anderen Stämmen.

Und das jüngste Ordnungsmuster, die Nation, weist manche Ähnlichkeit zum Stamm auf, sobald das Nationale in Nationalismus umschlägt. Wie der Stamm lebt die Nation vom »Wir und die anderen« – ganz abgesehen davon, dass Nationen inzwischen zu klein sind für die grossen Probleme und zu gross für die kleinen Probleme, wie der Soziologe Daniel Bell einmal schrieb.

Aber auch die anderen Ordnungsmuster der Weltgeschichte passen nicht mehr so recht ins 21. Jahrhundert: weder die Theokratien, die oft in Monarchien umschlugen, noch die Monarchien, die oft in Reiche umschlugen. Niemand möchte heute unter dem Joch eines Imperiums leben, das wäre demütigend und anachronistisch.

Zeitgemäss, zukunftsweisend im digitalen Zeitalter sind netzartige Ordnungsmuster, die stets auf der Suche sind, die gleichsam Projekte sind, an denen immerfort zu arbeiten ist: Ich meine etwa die Schweizerische Eidgenossenschaft im Kleinen und im Grossen die Europäische Union, die nichts anderes ist als eine Europäische Eidgenossenschaft. Beide sind weder Nation noch Imperium, es handelt sich im Grunde um Kooperativen stets auf der Suche nach dem Konsens – sie sind staatliche Netzwerke

Und die eigentlichen Knotenpunkte dieser modernen politisch-gesellschaftlichen Netzwerke sind die Städte.



Ganz zu Beginn der digitalen Ära hatten nicht wenige »das Ende der Distanzen« verkündet und die Dekadenz der Städte vermutet: Das Internet hebe die räumliche Entfernung auf. Ob man in der Stadt oder auf dem Land wohne, werde unerheblich. Jedoch ist das Gegenteil eingetroffen. Die jetzige Gesellschaft setzt auf Treffpunkt-Metropolen, sie braucht urbanisierte Wissensregionen. Denn unersetzlich ist (auch nach dem Höhepunkt der Pandemie) die Produktivität ganz persönlicher Begegnung in Ballungsräumen.

Die transdisziplinäre Forschung beispielsweise lebt vom Austausch verschiedenster Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Und je medialer die Gesellschaft, desto grösser das Bedürfnis nach unmittelbarem Austausch.

Weltweit boomen Stadtregionen, während sich praktisch alle ländlichen Gegenden entvölkern und teils den Zentren entfremden.

Das Gefälle zwischen urban und rural übrigens mag auf Jahrzehnte hinaus alles Reaktionäre begünstigen, denn die Landflucht verstärkt sich von Jahr zu Jahr, rund um den Globus. Sie hinterlässt bei den im Wortsinn zurückgelassenen Menschen ein *No-future*-Gefühl. Trist die periphere Gegenwart, und so leuchtet und lockt die Vergangenheit. Wohingegen die Städte trotz aller Probleme viel Dynamik und Zuversicht ausstrahlen.

Die Stadt ist auf der einen Seite ein antikes Ordnungsmuster und auf der anderen Seite ein hochmodernes. Das galt bereits in Bezug auf die alte Eidgenossenschaft. Sie war ganz entscheidend eine Sache der Städte.

Ich zitiere aus der *Schweizer Migrationsgeschichte* von André Holenstein, Patrick Kury und Kristina Schulz: »Im Hoch- und Spätmittelalter vervielfachte sich die Zahl der Städte (in Nord- und Mitteleuropa) von etwa 200 auf etwa 4000. Zwischen 1240 und 1300 wurden in jedem Jahrzehnt etwa 300 Städte gegründet, zwischen 1300 und 1330 etwa 200 pro Jahrzehnt. (...) Auch im Gebiet der heutigen Schweiz gründeten weltliche und geistliche Herren zwischen 1200 und 1300 zahlreiche Städte. Vor dem 12. Jahrhundert gab es hier nur die spätantiken Bischofsstädte Basel, Chur, Genf, Lausanne und Sitten sowie einige Marktstädte, darunter Zürich, Schaffhausen oder Solothurn. Nun erhöhte sich ihre Zahl von etwa 35 auf fast 200.«

Es sind im Wesentlichen Städte, um die herum die Eidgenossenschaft sich ausprägte. Der älteste bekannte und erhaltene Bundesbrief ist nicht der von 1291, sondern der von 1243, in dem sich meine Heimatstadt Freiburg und die Stadt Bern verpflichteten, einander zu helfen – damals schon Deutsch und Welsch.

Und zur Eidgenossenschaft stiessen in für historische Verhältnisse raschem Tempo Luzern 1332, Zürich 1351, Zug 1352, Bern 1353, Freiburg und Solothurn 1481: Der Beitritt der Solothurner und



Freiburger wurde hinausgezögert, denn da wehrte sich bereits die Innerschweiz gegen die Übermacht der Städte. Schliesslich fand man aber dank Bruder Klaus einen Kompromiss, das Stanser Verkommnis. Basel-Stadt und Schaffhausen folgten 1501.

Und, verehrtes urbanes Publikum: Die Schlacht bei Sempach vom 13. Juli 1386 ist in die Schweizer Mythologie eingegangen als Konflikt zwischen den alten Eidgenossen und Habsburg. Vor allem aber war es ein Kampf Stadt gegen Land: Gewinner waren die Städte. Bern, Solothurn, Luzern dehnten ihr Herrschaftsgebiet aus.

Nochmals die Historiker des Mittelalters André Holenstein und Mitautorin, Mitautor: *»Die (...) Sogwirkung der Städte führte zwangsläufig zu Konflikten mit den Verlierern der Wanderungsbewegungen. Adelige und Klöster verloren Eigenleute und Hörige, von deren Abgaben und Frondiensten sie lebten. Die Landflucht höhlt das Fundament ihrer Herrschaft aus. (Sie) reagierten auf die gefährliche Entwicklung. Sie verschärften die Leiherrschaft über ihre abhängigen Leute und liessen diese schwören, sich nicht aus der Herrschaft zu entfernen und sich nicht ausserhalb des eigenen Leibeigenenverbandes zu verheiraten. Sie riefen den Schutz des Kaisers an, der den Städten die Aufnahme von Bürgern verbieten sollte. Bisweilen wehrten sie sich auch mit Gewalt und überzogen die Städte mit Fehde und Krieg. In diesen Zusammenhang gehört etwa der Sempacher Krieg.«*

Prägend für die Schweiz, wie wir sie heute kennen, war später dann der sogenannte Consensus Tigurinus 1549 über das Abendmahl: die Entente zwischen den Genfer und Zürcher Reformatoren, zwischen Jean Calvin im Westen und dem Zwingli-Nachfolger Heinrich Bullinger im Osten – zwischen Genf und Zürich, zusammen mit Schaffhausen, St. Gallen, bald einmal Neuenburg, unter Vorbehalten auch Basel.

Der Historiker Jean-Rudolf von Salis schrieb, der Verbund der reformierten Städte habe erstmals einen geistigen Raum Schweiz geschaffen, anstatt dass sich die Städte der Deutschschweiz nach dem deutschen Reich orientierten und die aus der französischen Schweiz nach Frankreich.

Sinnbild dafür war das Marburger Religions- und Streitgespräch, das völlig ausartete, zwischen dem Deutschen Luther einerseits, andererseits dem Zürcher Zwingli und dem Basler Oekolampad, über das Abendmahl: *»Zwei Völker, die die gleiche Sprache sprechen, den Eindruck erhielten, sie sprächen nicht die gleiche Sprache (...). Danach wurde die Verständigung zwischen der Zürcher Reformation und der Reformation Calvins in Genf möglich. Augsburger Bekenntnis dort (in Deutschland) – Helvetische Konfession hier: das ist mehr als ein Symbol, es ist ein historischer Wendepunkt, in dem alemanische und welsche Schweiz einander geistig nahekamen, deutsche Schweiz und deutsche Denkweise einander ferner rückten.«*

Verzeihen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich im Wissen um Ihre aktuellen, dringlichen oder wichtigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zunächst noch einen Augenblick in der Geschichte verweile. Denn wir brauchen ein neues Schweizer Narrativ jenseits der immer noch



allgegenwärtigen Bauernstands-ideologie, die ihren Ausdruck findet in dem an sich absurden neuen Zweckbündnis zwischen Economiesuisse und dem Bauernverband. Wann werden die Wirtschaftsverbände einsehen, dass ihre zukunftsorientierten Ansprechpartner die Städte sind?

Die bürgerlichen und gerade die liberalen Kräfte jedenfalls haben von 1848 an in dem modernen Bundesstaat, den sie errichteten, erst recht auf die Städte gesetzt und auf damals zeitgemässe städtische Infrastrukturen.

Mitte des 19. Jahrhunderts und besonders im letzten Drittel, mit dem Bau der Eisenbahnen erlebte das Urbane eine einzigartige Boomphase.

Dazu Holenstein, Kury, Schulz: »Innert vierzig Jahren wuchsen die grossen Städte Zürich, Basel und Genf um das Mehrfache an, teilweise wegen Eingemeindungen, doch vor allem dank des natürlichen Bevölkerungswachstums und der Zuwanderung. Bereits kurz nach 1900 hatte die Einwohnerzahl in diesen drei Städten die 100 000er-Marke überschritten.

Die beschleunigte Zuwanderung in die Städte veränderte die Stadtbilder nachhaltig. Architekten planten ganze Quartiere neu, gestalteten Ringstrassen und entwarfen repräsentative Bauten. Durch diesen Boom erhielten die Städte ihr bis heute städtebaulich dominantes Gepräge.

Aber auch kleinere Städte mit grossen Industriezonen wie Winterthur und Arbon wuchsen rasant. Der grosse Wanderungsüberschuss, den die Städte Basel, Zürich und Genf sowie der Kanton St. Gallen verzeichneten, machte diese Kantone zu den Gewinnern der Land-Stadt-Migration. Alle Landkantone hingegen – mit Ausnahme von Graubünden, Zug und Tessin – wiesen eine negative Wanderungsbilanz auf.«

1897 entstand als Indikator dieser Bewegung der Schweizerische Städteverband und gleichzeitig als Gegenkraft der Bauernverband.

L'Union des villes suisses, Mesdames et Messieurs, a pris son essor à Genève. Lors de la deuxième grande Exposition nationale en 1896, le président du Conseil administratif genevois – l'un des prédécesseurs de Sami Kanaan – invite les syndics et maires des villes et autres présidents de villes présents à Genève à une rencontre au Palais Eynard dans le parc des Bastions, en quelque sorte la mairie de la ville de Genève.

À cette occasion, le maire de Zurich reprend la balle au bond, à savoir Hans Konrad Pestalozzi qui est architecte, Conseiller national, colonel, président du Musée National, plus tard membre du conseil d'administration des CFF et président de la Croix Rouge suisse. C'est comme si, à l'époque, les



maires de grandes villes avaient beaucoup de temps libre. Toujours est-il que Pestalozzi lance l'idée de créer une association des présidents de communes, en allemand Verband der Gemeindevorsteher.

Au début, l'association pensait qu'elle n'avait pas besoin de statuts, et les cotisations étaient modestes : de 20 francs pour les petites villes à 200 francs pour les métropoles. Les tout premiers membres furent Genève, Lausanne, Neuchâtel Fribourg, Berne, Bâle, Lucerne, Zurich, Winterthur et St. Gall (et des villes protestantes pratiquement toutes celles qui avaient adhéré au Consensus Tigurinus).

La première réunion eu lieu à la Tonhalle de Zurich, sa grande salle de concerts. Et rien de nouveau sous le soleil, on parla beaucoup de transports publics, du défi migratoire et de politique des étrangers.

Meine Damen und Herren, der Städteverband ist zu einer Zeit entstanden, da es für den jungen Bundesstaat selbstverständlich war, regelmässig die demokratischen Institutionen zu erneuern, anzupassen, weiterzuentwickeln.

Und heute brauchen die Schweizer Städte auch eine Modernisierung der eidgenössischen Institutionen.

Damals war der Wille da, die eidgenössischen Institutionen an die Realität anzupassen und sie im Sinne einer besseren Integration, einer besseren Repräsentativität der gesamten Gesellschaft zu reformieren.

1848 entsteht die Schweiz als rein parlamentarische Demokratie. 1874 kommen das Referendum und 1891 die Volksinitiative, um die im Bürgerkrieg unterlegenen Konservativen zu integrieren. 1919 folgt die Einführung des Verhältniswahlrechts bei der Nationalwahl – auf einen Schlag verdoppelt die Linke ihre Sitzzahl, nämlich von 20 auf 41 – und 1947 die AHV. Nun ist auch die Linke im politischen System integriert.

Doch welches Versagen es bedeutet, wenn die demokratischen Institutionen rückständig werden, zeigte sich in der Frage des Wahl- und Stimmrechts für Frauen, als erst 1971 die grössere Volkshälfte an der Demokratie teilhaben durfte.

Die jüngste wichtige institutionelle Erneuerung war schliesslich 2008 der Nationale Finanzausgleich, leider weitgehend an den Städten vorbei.



Jetzt brauchen wir dreierlei institutionelle Modernisierungen, die alle drei die Städte besonders angehen:

Erstens eine eidgenössische Städtepolitik.

Der damalige Zürcher Stadtpräsident und Vorvorgänger von Corine Mauch, Sepp Estermann, hat vor einem Vierteljahrhundert zum 100-Jahr-Jubiläum des Städteverbands die »Inexistenz der Städte« in der eidgenössischen Politik festgestellt und eine Federal Urban Policy gefordert: *»Im übrigen – gleichsam als ceterum censeo – werden sich die Städte in der Bundespolitik nur dann Gewicht verschaffen und die von vielen Kantonen gepflegte Top-Down-Perspektive durchbrechen können, wenn sie ein Mindestmass an konstitutioneller Freiheit und institutioneller Macht besitzen. Ohne einen Kerngehalt an kommunaler Eigenständigkeit und einen Rechtsweg, auf dem er geschützt werden kann, ohne institutionellen Einbezug in die Problemlösungen auf Bundes- und kantonaler Ebene werden die Städte und Agglomerationen als Partnerinnen nicht ernstgenommen. Sie bleiben blinde Flecken in der Bundespolitik.«*

Meine Damen und Herren, Sie wissen weit besser als ich, was dazu gehört, damit die Städte als Leistungsträgerinnen eine angemessene Rolle in der Bundespolitik spielen:

- eine Steuerpolitik und Sozialpolitik, in die auch die Städte einbezogen werden;
- vernünftige Grenzen des Steuerwettbewerbs, der teils parasitäre Züge zulasten der Städte angenommen hat – wo international in Sachen Steuerkonkurrenz das Augenmass zurückkehrt, ist das in Krisenzeiten auch national nötig;
- eine Raumentwicklung mit Verdichtung nur dort, wo es eine Infrastruktur gibt;
- die stärkere Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, denn nur sozial durchmischte Städte sind stabile und friedliche Städte.

Wesentlich sind – wie zu Beginn des Bundesstaats, als der Bund ein Netz von Bahnen und Verkehrswegen errichtete – massive Investitionen in zeitgemässe Infrastrukturen.

Dazu gehören kostenlose Kitas, wo doch beide Elternteile arbeiten wollen und arbeiten müssen, damit sie sich das Wohnen in der Stadt leisten können. Ganz abgesehen davon, dass frühkindliche Förderung das Fundament gelungener Integration ist.

Dazu gehören der Öffentliche Verkehr und auch Velowege als Sinnbild des Verteilungskampfs zwischen altem und neuem Denken, wo doch in mehr und mehr Städten nur noch eine Minderheit überhaupt ein Auto fährt.

Im übertragenen Sinn und im Wortsinn brauchen wir eine Smart City-Politik, sie ist auch Sache des Bunds und der Kantone.



Und entscheidend dabei – das Thema dieses Städtetags – wird eine Klima- und Energiepolitik sein, in die sich die Städte einbringen können, zumal sie hier meistens besonders fortschrittlich sind, wie Beat Jans anhand von Basel-Stadt dargelegt hat. Erfreulich ist da auch die jüngste Vereinbarung zum Ausbau der thermischen Netze.

Es ist evident, dass der Bund den *Ecological Turn* in Stadtplanung und Architektur erleichtern muss. Die Fachleute von Wüest & Partner sehen in einem moderaten Klimaszenario bis 2060 in Zürich jährlich an die 20 Hitzetage mit über 30 Grad mehr.

1993 wurde die Konferenz der Kantone (KdK) gegründet, seit 2008 hat sie mitten in Bern ein Haus der Kantone. Als Symbol einer Städtepolitik wünsche ich mir noch in diesem Jahrzehnt ein entsprechendes Haus der Städte, vielleicht in unmittelbarer Nachbarschaft des Hauses der Kantone?

Zweitens brauchen wir institutionelle Reformen zur Integration der sogenannten Ausländer und Ausländerinnen, die in Wahrheit Inländer und Inländerinnen sind, ins politische System.

Kein politisches System kann es sich leisten, auf Dauer ein Viertel der Bevölkerung auszuschliessen. Wie sehr die Integration gelingen kann, gerade in der Schweiz auch im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich, zeigen die Schweizer Städte. Und hier zu der gelungenen Integration auch mit einer geeigneten Modernisierung des politischen Systems beizutragen, das ist unerlässlich. Das werde ich heute nicht vertiefen.

Drittens müssen wir die eidgenössischen Institutionen EU-kompatibel machen.

Die jetzige Europapolitik ist regelrecht städtefeindlich. Das Nein zum Rahmenabkommen war eine Provokation gerade auch für die urbane Schweiz.

Wir haben noch nie einen so guten Nachbarn gehabt in der Schweizer Geschichte wie die Europäische Union.

Sie hat für unsere Exportindustrie einen grossen Markt geschaffen, eine gemeinsame Währung, die so vieles vereinfacht. Sie hat die Grenzkontrollen abgebaut für ein Land, das aus lauter Grenzen besteht, die Freiheit im Personenverkehr gesichert und mit uns massgeschneiderte Abkommen geschlossen.

Noch nie hatten wir einen so guten Nachbarn, aber die herrschende Tonlage ist: Wir werden von der EU »gegängelt« oder »überteuert«. Real sind wir verflochten wie noch nie, mental sind wir so weit weg von der EU wie noch nie. Das ist ein Spagat, der die Schweizer Politik verspannt und eine konstruktive Politik verhindert. Das spiegelt sich im Vokabular: sogenannte »Nadelstiche«, angeblicher



»Imperialismus« etc. Ein Land, das erfolgreich ist, ein Land, das ungemein von der Partnerschaft mit der EU profitiert, nimmt eine Opferhaltung ein. Und wir wissen alle, dass Opferhaltungen so ziemlich das Unergiebigste sind.

Wirtschaftlicher Internationalismus und politischer Nationalismus – das ist städtefeindlich; das hilft der leistungsorientierten Schweiz nicht.

Das Bashing der EU muss aufhören. Wenn über Jahrzehnte die Europäische Union, diese Erfolgsgeschichte, schlecht gemacht wird, dann verspielt die Schweizer Politik ihren Handlungsspielraum: Gegenüber einem Übeltäter, einem Bösewicht kann man dem Volk dann keine Zugeständnisse abbringen.

Die Leidtragenden sind namentlich die Städte. Sie waren an der Spitze der Entwicklung zu einer modernen Schweiz. Und sie sind jetzt an der Spitze der Entwicklung zu einer europäischen Schweiz.

Ganz abgesehen davon, dass die EU gar nicht so anders ist als die Schweiz. Schauen wir die alte Eidgenossenschaft an: In jedem Jahrhundert hatten wir einen Bürgerkrieg bis zum letzten 1847, dem Sonderbundskrieg. Was tat die Schweiz damals? Sie verschachtelte die Interessen der Kantone so weit, dass sie nicht mehr gegeneinander Krieg führten, und schaffte eine grosse, langsame, etwas langweilige, aber hocheffiziente Kompromissmaschine: Bundesbern. Ein Jahrhundert später – nach zwei Weltkriegen, die man im Nachhinein als europäische Bürgerkriege begreifen kann – machten die Europäer und Europäerinnen das gleiche. Sie verschachtelten die Interessen der Gründungsstaaten, namentlich Deutschlands und Frankreichs so weit, dass sie nicht mehr gegeneinander Krieg führen wollten, dabei begannen sie mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl: was man braucht, um Krieg zu führen. Und sie schufen eine grosse, langsame, etwas langweilige, aber hocheffiziente Kompromissmaschine: Brüssel.

Trotzdem haben wir nie an der Neuordnung des eigenen Kontinents, die nach zwei Weltkriegen überfällig war, teilhaben wollen. Wir blieben der schadenfreudige Zaungast, der sich bei jeder Wachstums-
krise der EU auf die Schulter klopft.

Wir haben kein Verhältnis zum eigenen Kontinent, zum grössten Vorhaben auf dem eigenen Kontinent. Das ist der tiefere Grund, warum wir jetzt nicht vorankommen zu einem Rahmenabkommen oder zu sonst einem geordneten Verhältnis zur EU. Die Schweiz weiss, was sie nicht will. Die Städte jedoch wissen, was sie brauchen: ein Rahmenabkommen.

Warum der helvetische Autismus? Es wirkt die historische Erfahrung natürlich, dass man von zwei Weltkriegen verschont blieb. Aber die Weltkriege liegen zurück, und die ganz andere historische Tradition, nämlich der Verbindungen der Städte zu Deutschland, zu Frankreich, zu ganz Europa – die ist aktueller und gerade hier in Basel so wichtig.



Zum Zweiten wollten wir in der Nische unsere Geschäfte machen. Aber die Nischenstrategie geht nicht mehr auf. Siehe die Oligarchen. Im digitalen Zeitalter wird sowieso alles bekannt, und der Steuerwettbewerb schadet letztlich den Städten.

Zum Dritten kam ein fast schon angelsächsisch-merkantiles Misstrauen gegenüber einem politischen Europa: Die Schweiz wünschte sich Europa als Markt, nicht Europa als Macht. Aber die EU ist die grösste Regulierungsmacht der Welt. Und vor allem unser Umfeld ändert sich grundlegend: Da sind der russische kriegerische Revanchismus, die chinesische Arroganz, die amerikanische Unwägbarkeit und ein Chaos-Bogen rund um Europa: von der Ukraine über den Kaukasus, die Türkei, den Nahen Osten, Nordafrika bis in die Subsahara. In diesem geopolitischen Kontext können auch wir nur politisch denken und kann die EU nur politisch denken.

Simonetta Sommaruga hat es unlängst in Locarno so formuliert: *»Unser naheliegender Partner ist Europa. Es ist deshalb Zeit für eine Annäherung an Europa. (...) Umfassende Sicherheit finden wir in und mit Europa. (...) Es ist deshalb Zeit für einen neuen Anlauf mit Europa.«* Ich hoffe, da werden auch Nägel mit Köpfen gemacht.

Meine Damen und Herren

Es sind die Anti-Europäer, die nun die Städte schlecht machen wollen mit der Bewirtschaftung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

Antistädtisch sind diese Gegner der Aufklärung, jener Aufklärung, deren Lichtgestalt hier in Basel begraben liegt, Erasmus von Rotterdam. Die Basler Reformierten wollten den Katholiken Erasmus in ihrem Münster begraben. Die Gegner der Aufklärung aber schüren lieber Konflikte, als dass sie sich um ihre Überwindung bemühen.

Und sie pflegen das ländliche Selbstbild in einer urbanen Realität.

In der Schweiz leben an die vier Millionen Menschen, 45 Prozent, in Agglomerationen; neun von zehn Arbeitsplätzen sind in urbanen Zentren

Doch in der laufenden Legislaturperiode war bei 14 der 22 nationalen Volksabstimmungen eine Differenz zwischen Stadt und Land, die »weit über dem langjährigen Schnitt« liege, hat das Sotomo-Institut berechnet, siehe das CO₂-Gesetz. Allmählich zeigt sich da, dass auch die Vorstädte, die Agglomerationszentren zusehends städtisch denken.

Wer auf den Stadt-Land-Gegensatz setzt, der kann vielleicht kurzfristig punkten, aber mittelfristig kommt er auf keinen grünen Zweig.



Denn die Urbanisierung geht weiter. Es ist der mächtigste Trend weltweit, unabhängig von Wirtschaftsform, unabhängig von der Staatsform, unabhängig vom Kontinent, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage.

Es bricht eine Zukunft an in welcher der Schweizerische Städteverband noch deutlicher wird den Ton angeben können als der gleichzeitig gegründete Bauernverband.

Das ist der Arbeit vieler, die hier im Saal versammelt sind, zu verdanken – und es ist für die Stabilität der Schweiz, für die Repräsentativität unseres politischen Systems ein entscheidendes Element.

Dem Schweizerischen Städteverband und dem Städtetag wünsche ich eine gute, erfolgreiche, lange Zukunft!